

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949**

105 (26.11.1949)



# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittig, durch die Post 1.95 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld, Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65.

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.)  
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 26. November 1949

9r. 105

## „Auf dem richtigen Weg“

VOM TAGE

**Lebhaftes Echo des Bonner Abkommens**  
Bonn (TP). Das Abkommen zwischen der Bundesregierung und der alliierten Kommission hat in der ganzen Welt ein lebhaftes Echo gefunden.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte: „Das Versprechen der Bundesregierung, die Entmilitarisierung im Gebiet der deutschen Bundesrepublik aufrechtzuerhalten, gibt uns das Gefühl, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, wenn wir versuchen, Deutschland wieder in die europäische Gemeinschaft zurückzuführen.“ Die „New York Herald Tribune“ bezeichnet die gemachten Zugeständnisse als einen entscheidenden Gewinn für Deutschland und Westeuropa, während die „New York Times“ schreiben: „Durch diese Zugeständnisse auf dem Verhandlungsweg und nicht als Diktat haben die Westmächte den nach dem ersten Weltkrieg begangenen Fehler zu vermeiden gesucht.“

Im britischen Außenministerium

wurde es begrüßt, daß Dr. Adenauer sich bisher gegenüber den politischen Strömungen in Deutschland habe durchsetzen können, deren politische Zielsetzung jede konstruktive Politik zwischen Deutschland und dem Westen unmöglich machen würde. Auch die britische Presse beurteilt das Viermächte-Abkommen im großen und ganzen wohlwollend. Die unabhängigen „Times“ nennen das Abkommen ein bemerkenswertes Beispiel besonders der Veynunft und der staatsmännischen Kunst. Das Blatt der Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, erblickt darin einen neuen Schritt, um Westdeutschland zu einer freien Demokratie und einem friedliebenden Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft zu machen. Der konservative „Daily Telegraph“ spricht von einem neuen Anfang für Deutschland und einer gesicherten Zukunft für alle. Der liberale „Manchester Guardian“ ist zwar mit dem Abkommen als einer vorläufigen Lösung zufrieden, empfiehlt jedoch erneute Behandlung des deutschen Problems durch die vier Großmächte.

des deutschen Volkes, das den Regierungs- und den ihr nahestehenden Parteien durch die Wahl am 14. August sein Vertrauen ausgesprochen hat. Dr. Adenauer befürchtet, daß ohne eine Bereinigung dieser Beleidigungs-Affäre seine Handlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland beeinträchtigt wird. Er hat veranlaßt, daß das Magnetofonband, auf das die ganze Nachtitzung durch den Nordwestdeutschen Rundfunk aufgenommen wurde, zur Weiterverfolgung der Dinge in Köln unverzüglich nach Bonn überführt wird, um den tatsächlichen Ablauf davon abhören zu können.

„Ich kann nur sagen“, meinte Dr. Adenauer, „daß der Verlauf der Nachtitzung beim deutschen Volk wenig Verständnis finden wird und dem Gedanken der Demokratie nur sehr wenig zuträglich sein dürfte.“

Nach einer seit Donnerstag 10 Uhr vormittags nahezu ohne Unterbrechung durchgeführten Sitzung des Plenums und nach einer kurzen „Ruhepause“ am Freitag vormittag, die durch eine lange Kabinetts-Sitzung belegt war, machte der 73jährige Kanzler trotz der ihm anzumerkenden inneren Erregung über die Vorgänge in der vorausgehenden Nacht am Freitag nachmittag vor der Presse einen überaus frischen Eindruck. Er begab sich anschließend wiederum in eine Kabinetts-Sitzung.

**Biersteuer bleibt Bundessache.** Der wirtschaftliche Ausschuß des Bundestages beriet am Dienstag den Antrag, die Gesetzgebung in der Biersteuer dem Lande Bayern vorzubehalten. Die überwiegende Mehrheit des Ausschusses war für Ablehnung des Antrages, so daß die Biersteuer-Gesetzgebung nunmehr beim Bund verbleiben wird. (TP)

## So verlief es wörtlich . . .

**Aussug aus dem Protokoll des Bundestages**  
Von unserem TP-Korrespondenten

Wir hatten Gelegenheit, einen stenographischen Bericht unseres Bonner v.W.-Korrespondenten über die dramatische Donnerstag-Freitag-Nachtitzung des Bundestages in Bonn zu erhalten. Hier ist er:

Der Kanzler: „Meine Damen und Herren! Ich stelle fest — ich muß das nach den letzten Reden des Herrn Kollegen Ollenhauer leider feststellen — daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zum Ende gehen zu lassen, als anstelle eines Beobachters einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden.“ (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien. — Nichtverständliche Zurufe des Abgeordneten Dr. Schumacher. — Zuruf rechts: „Ihre englischen Freunde versauen.“ — Zuruf bei der

SPD: „Eine britische Taktlosigkeit, das sind wir ja gewöhnt.“)

Meine Damen und Herren, zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen. Das ist die Frage, um die es sich handelt und keine andere Frage. „Sehr richtig!“ — bei den Regierungsparteien.

Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken oder nicht? Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir die abgehende englische Stelle (Unruhe, Zwischenrufe der SPD) — General Robertson hat mir diese Erklärung gemacht — abgegeben hat, daß die Demontage bis zum Ende durchgeführt wird.“ (Abgeordneter Dr. Schumacher: „Das ist nicht wahr!“ — Gegenrufe bei den Regierungsparteien — Zurufe bei der SPD: „Sprechen Sie als deutscher Kanzler? Wo steht denn das Schumacher?“ — Stürmische Protestrufe in der Mitte und rechts. — Großer Lärm und Klappern mit den Pultdeckeln. — Glocke des Präsidenten. — Fortgesetzte Plurirufe in der Mitte und rechts. — Abgeordnete der SPD und CDU erheben sich von den Plätzen und führen erregte Auseinandersetzungen. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Köhler: „Herr Abgeordneter Dr. Schumacher! Für diese Bezeichnung des Bundeskanzlers als „Bundeskanzler der Alliierten“ rufe ich Sie zur Ordnung! Herr Bundeskanzler, fahren Sie bitte fort. (Fortdauernder Lärm. — Abgeordneter Ollenhauer: „Herr Adenauer hat ihn herausgefordert und niemand anders!“ — Weitere erregte Zurufe und persönliche Auseinandersetzungen. Glocke des Präsidenten.)

Ich habe den Herrn Abgeordneten, Herrn Dr. Schumacher, zur Ordnung gerufen. (Zurufe in der Mitte: „Das genügt nicht.“ — Abgeordneter Strauß/CDU: „Entschuldigen Sie sich, Herr Dr. Schumacher, sonst ziehen wir aus dem Parlament aus.“ — Bundeskanzler Dr. Adenauer verläßt die Redner-Tribüne. — Abgeordneter Dr. Ollers (FDP): „Herr Präsident, ich beantrage die sofortige Einberufung des Ältestenrates. Bitte um Abstimmung.“ — Fortgesetzte große Unruhe.)

Fortsetzung auf der 2. Seite

## EZ heute mit 10 Seiten:

Ausführliche Berichte aus Bonn  
Reportagen aus aller Welt, Erzählungen und Heimat-Nachrichten aus Stadt und Land.  
Neuer Roman: Liebe auf Umwegen.  
Beilagen: Zum Sonntag  
Unser Rundfunk  
Der Lauerturm

Allen Besuchern von nah und fern anbietet die Heimatzeitung ein  
herzliches Willkommen  
zur Ettlinger Weihnachtsmesse 1949

## Nächtliche Sturmszenen

**Schwere Zusammenstöße zwischen Schumacher und Adenauer — Oppositionschef für 20 Sitzungstage ausgeschlossen**

Von unserem TP-Korrespondenten  
v. W. Bonn. Mit dem Ausschluß des Oppositionsführers Dr. Kurt Schumacher aus dem Bundestag für zwanzig Sitzungstage hat die Nachsitzen des Plenums, die am Donnerstag um 10 Uhr vormittags begann und der Erörterung des Petersberg-Abkommens dienen sollte, in den frühen Morgenstunden des Freitag ihr Ende gefunden. Die Kluft zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Dr. Kurt Schumacher scheint zur Stunde unüberbrückbar. Dr. Adenauer ließ am Freitag in der Bonner Presse-Konferenz erkennen, daß er nunmehr die nächsten Schritte vom Führer der Opposition erwarte.

Was ist geschehen? Bei der Erörterung des Ruhrstatuts und damit verbunden des Beschlusses der Bundesregierung, anstelle eines Beobachters nunmehr einen stimmberechtigten Vertreter in dieses bereits seit längerem arbeitende Gremium zu entsenden, erklärte der Kanzler in seiner zweiten nächtlichen Rede: „Ich muß feststellen, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zum Ende gehen zu lassen, als anstelle eines Beobachters einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden.“ (Zwischenrufe auf beiden Seiten des Hauses, erregtes Klappern der Pultdeckel, fragender Zuruf der Opposition: „Sprechen Sie als deutscher Kanzler?“)

Diese Frage ging auf die Erklärung des Kanzlers hinaus, derzufolge der britische Hohe Kommissar Sir Brion Robertson dem Bundeskanzler die Entscheidung vorgelegt hatte: Demontage mit Sicherheitsgarantien (Ruhr-Statut) oder überhaupt keine Demontage-Diskussion!

Schumacher, den Zuruf seiner Fraktion aufgreifend, rief in das Plenum: „Der Bundeskanzler der Alliierten!“ (Proteste, Androhung von Handgreiflichkeiten, Ordnungsrufe des Präsidenten, Lärmzonen der von der Dauersitzung übermüdeten Abgeordneten und das Verlangen der Regierungskoalition nach formeller Entschuldigung.) Eine Fortsetzung der Debatte war nicht möglich. Der Bundestagspräsident berief sofort den Ältestenrat und unterbrach damit die Sitzung. Das war um 3.30 Uhr früh.

Hundert Minuten lang versuchte der Ältestenrat eine Lösung dieser bisher einmaligen Situation zu finden. Der Kanzler erklärte sich, wie er der Presse zwölf Stunden später mitteilte, bereit, eine mit dem Ausdruck des Bedauerns auszusprechende Entschuldigung des Oppositionschiefs als Erlidigung dieser Angelegenheit zu betrachten. Dr. Schumacher seinerseits fühlte sich jedoch ebenfalls beleidigt, und zwar (wie er in einer am Freitagmorgen um 7 Uhr einberufenen Pressekonferenz sagte) durch den Vorwurf des Kanzlers, die Opposition sei eine „Demontage-Partei“. Eine Einigung war unmöglich.

Um 6.10 am Freitag trat das Plenum erneut zusammen, zu einer Zeit, da die Opposition noch eine Fraktions-Sitzung abhielt. Als Dr. Köhler in seiner Eigenschaft als Bundestagspräsident die Sitzung nach der Billigungs-Entscheidung der CDU/CSU über die Abmachung des Kanzlers mit den Hohen Kommissaren beendete und damit dem KPD-Abgeordneten Renner keine Möglichkeit mehr ließ, zur Geschäftsordnung zu sprechen, entfernten sich auch die KP-Abgeordneten unter lautem Protest und „Diktatur“-Rufen aus dem Plenarsaal. Der Bundestag billigte dann die Außenpolitik des Bundeskanzlers und lehnte die Mißbilligungsanträge der SPD und KPD mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Bayernpartei ab. — Die bisher stürmischste und — wie der Bundeskanzler befürchtet — eine die deutschen Interessen im Ausland stark beeinträchtigende Sitzung des Deutschen Bundestages war damit beendet.

Wie es weitergehen soll, weiß noch niemand. Die SPD veröffentlichte am Freitag nachmittag eine Erklärung, in der sie von „scharfen Beleidigungen und Verdächtigungen durch den Bundeskanzler“ sprach; dabei gab sie jedoch zu verstehen, daß sie trotzdem auf die parlamentarische Kontrolle dieser Bundesregierung nicht verzichte, d. h. daß sie auch weiterhin im Plenum und in den Ausschüssen mitarbeiten wird, obwohl — wenn der Ausschluß-Beschluß bestehen bleibt — der Fraktionschef Dr. Schumacher praktisch bis zum Frühjahr 1950 das Haus nicht mehr betreten darf (denn vorher dürften die zwanzig Sitzungstage, von denen er ausgeschlossen ist, kaum beendet sein). Die Opposition betrachtet den Vorfall als Zeichen dafür, daß die Regierungsparteien versuchen, die Opposition im Bundestag mit rechtswidrigen Mitteln auszuschalten. Sie sieht in der Geschäftsbehandlung des Bundestagspräsidenten, der Dr. Schumacher neben dem Ordnungsruf als zweite Strafe von den Sitzungen ausschloß, eine entscheidende Verletzung seiner Pflichten. Sie kündigt daher „scharfsten Kampf gegen die fortgesetzten Versuche der Regierung und ihrer Parteien“ an, den Boden der parlamentarischen Demokratie zu verlassen und ein „autoritäres Regime“ zu Lasten des Volkes zu errichten.

Der Regierungschef sieht nach seinen Äußerungen vor der Presse in der Beleidigung durch den Oppositionschiefs weniger eine Kränkung seiner Person, als vielmehr eine Beleidigung des deutschen Bundeskanzlers, des Parlamentes und damit jenes Teiles

## Schwarze Flagge eingeholt

**Demontage-Kolonnen wurden heimgeschickt**

Von unserem TP-Korrespondenten  
v. W. Bonn. Noch während Bundeskanzler Adenauer am Donnerstag seine Erklärung vor dem Bundestag abgab, hatten die Behörden der Westmächte bereits Anweisung gegeben, die Demontage-Arbeiten in den 20 westdeutschen und Berliner Betrieben einzustellen, die von der Liste gestrichen wurden. Die Demontageschiffe, die am Freitag früh zur Arbeit in den Betrieben erschienen, wurden heimgeschickt. In manchen Betrieben wurde die bei Beginn der Demontageschiffe aufgelegte schwarze Flagge durch die schwarz-rot-goldene Fahne ersetzt. In den meisten noch auf der Demontageliste stehenden Betrieben sind die Abbauarbeiten größtenteils beendet. Man nimmt an, daß die Demontagen Anfang nächsten Jahres völlig abgeschlossen sein werden.

**Sympathiestreik für Schumacher**

**Belegschaft der Deutschen Werft demonstrierte**  
Hamburg (TP). Die Belegschaft der Deutschen Werft in Hamburg hat am Freitag nachmittag für eine Viertelstunde die Arbeit niedergelegt. Sie protestierte damit gegen den Ausschluß Dr. Schumachers für 20 Sitzungstage. Die Industrie-Gewerkschaft Metall in Hamburg wandte sich gegen das Vorgehen der Werftarbeiter. Sie erklärte, der Ausschluß Dr. Schumachers sei Angelegenheit der Parteien. Eine Einmischung der Gewerkschaften entspreche nicht ihrer parteipolitischen Neutralität.

**Es geht um das Vertrauen**  
**Überprüfung des Besatzungs-Statuts**  
im Herbst 1950

Von unserem TP-Korrespondenten  
v. W. Bonn. Einen Tag nach der Veröffentlichung der deutsch-alliierten Abmachungen in Bonn, Washington, London und Paris hielten am Freitag die Hohen Kommissare auf dem Petersberg bei Bonn erstmalig eine dreisprachige Pressekonferenz mit den am Bundessitz akkreditierten in- und ausländischen Journalisten ab.

Als derzeitiger Wortführer der Hohen Kommissare sprach Sir Brion Robertson aus, daß die Abmachungen des deutsch-alliierten Protokolls die westdeutsche Entwicklung bis zum Herbst 1950, dem Zeitpunkt der Überprüfung des Besatzungs-Statuts, bestimmen sollen. Sie sollten nicht als „Sprungbrett für weitere deutsche Forderungen“ angesehen werden. Der alliierte Hohe Kommissar betonte die Überzeugung, daß die Westmächte mit den jetzigen Zugeständnissen einen großzügigen, man könne sagen: den größtmöglichen Beitrag geleistet hätten.

Zu den Zusicherungen des Bundeskanzlers über eine Zusammenarbeit erklärte Robertson, daß die Alliierten größtes Vertrauen zur deutschen Bundesregierung hätten. Der Kanzler habe gleichzeitig versichert, daß die Bundesregierung ihren Einfluß und ihre Autorität einsetzen würde, um den Rest des Demontage-Programms ohne Widerstand und schnellstens abzuwickeln.

Über den Punkt 9 der deutsch-alliierten Abmachungen, der die Frage der Beendigung des Kriegszustandes betrifft, zeigte sich Robertson in seiner Auffassung von der des Bundeskanzlers abweichend. Adenauer hatte von einer „praktischen Beendigung des Kriegszustandes“ gesprochen, Robertson legte das Wort „praktisch“ sprachlich offenbar anders aus. Wie es ja überhaupt eine Schwierigkeit in der Verhandlung zwischen den Partnern drei verschiedener Sprachen ist, sich auf die Dauer präzise und eindeutig auszudrücken. Die für die deutschen Belange wichtige Frage: warum Salzgitte nicht in den Demontagesop einbezogen worden ist, beantwortete Sir Brion Robertson dahin, daß die Werke von Hermann Göring für Zwecke des Krieges gebaut wurden und daß außerdem die Notwendigkeit, sie weiterzuführen, nicht erwiesen sei.

Der französische Hohe Kommissar François-Poncet, der im allgemeinen als Kenner der deutschen Verhältnisse sehr häufig zu derartigen Fragen Stellung zu nehmen pflegt, sagte auf der Pressekonferenz kein Wort und beantwortete auch die von den Korrespondenten seines Landes gestellten Fragen nicht.



### So verlief es wörrlich...

Fortsetzung von der 1. Seite

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie einen Augenblick um Ruhe, damit wir die Angelegenheit abwickeln können. Es liegt der Antrag auf Unterbrechung der Sitzung und auf sofortige Einberufung des Ältestenrats angesichts der Schwere der Bezeichnung vor, die der Abgeordnete Dr. Schumacher gebraucht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Ich stelle fest, daß die Mehrheit für die Unterbrechung ist. Ich unterbreche die Sitzung und berufe sofort den Ältestenrat ein. (Lebhafte Bravorufe und Händeklatschen bei den Regierungs-Parteien.)

#### Vorschlag des Bundestags-Präsidenten

Die Sitzung wurde um 6.11 Uhr durch den Präsidenten des Bundestages Dr. Köhler wieder aufgenommen.

#### Präsident Dr.K. öhler:

„Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung wieder. Wir haben uns im Ältestenrat über den Zwischenruf, den der Herr Abgeordnete Dr. Schumacher gegenüber dem Herrn Bundeskanzler mit den Worten: „Bundeskanzler der Alliierten“ machte, sehr eingehend ausgesprochen. Es sind wiederholt Versuche gemacht worden, den Herrn Abgeordneten Dr. Schumacher zur Zurücknahme seiner dem Herrn Bundeskanzler zugefügten schweren Beleidigung zu bewegen. (Zurufe von der CDU: „Und uns!“ — Abgeordnete Frau Dr. Helene Weber (CDU/CSU): „Uns allen!“)

Und damit — das füge ich hinzu — dem Hause, dem Bundestag und damit der deutschen Republik. („Sehr richtig!“ bei der CDU.) Denn der Herr Bundeskanzler ist eine Staatsfigur, davon müssen wir ausgehen. (Lachen bei der KPD. — Abgeordnete Rische: „Machen Sie es mal nicht so dramatisch!“)

Wie ich es mache, Herr Abgeordneter, ist meine Angelegenheit. Ich verbitte mir in der Beziehung ein Korrigieren ein für allemal. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen in der Mitte und rechts. Abgeordneter Renner (KP): „Man kann es auch übertreiben.“)

Meine Damen und Herren! Ich habe dann nach Rücksprache mit den Fraktionen als Vermittler den Herren Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Vorschlag übermittelt: Herr Dr. Schumacher soll seine, dem Herrn Bundeskanzler zugefügten schwere Beleidigung in aller Form zurücknehmen, und ich habe dann hinzugefügt — das war zwanzig Minuten vor 6 nach meiner Uhr, davon gehe ich ausdrücklich aus — daß danach der Herr Bundeskanzler, wenn diese Entschuldigung erfolgt, im Laufe dieses Tages gern bereit ist, sich mit Herrn Dr. Schumacher zu unterhalten. Ich habe hinzugefügt: Um 6 Uhr wird die Plenarsitzung wieder eröffnet. Ich habe inzwischen einen Boten hinausgeschickt. Was haben Sie mir mitzuteilen? — Ich höre eben, es ist erklärt worden, die Beratungen seien noch nicht beendet. (Unruhe und Zurufe rechts: „Das geht zu weit!“)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie bitte, daß ich fortfahre: Ich habe ausdrücklich betont, daß die Sitzung um 6 Uhr wieder beginnt und sehe keine Veranlassung, eine weitere etwaige Unterbrechung eintreten zu lassen. Ich habe in der Aussprache mit den Fraktionen festgestellt, daß die überwiegende Mehrheit dieses Hauses in diesem Zwischenruf des Herrn Dr. Schumacher gegenüber dem Herrn Bundeskanzler das Vorliegen des Tatbestandes des § 91 der Geschäftsordnung, nämlich der größten Verletzung der Ordnung, erblickt. Ich bedauere, daß die Versuche, Herrn Dr. Schumacher zur Zurücknahme dieses Zurufes zu bewegen, vergeblich geblieben sind.

Ich mache nunmehr von meinem Recht und meiner Verpflichtung gegenüber dem Herrn Bundeskanzler (Zuruf in der Mitte: „Und uns!“) und gegenüber dem Hause in Bezug auf die Durchführung des § 91 der Geschäftsordnung Gebrauch, indem ich hiermit den Herrn Abgeordneten Dr. Schumacher wegen größter Verletzung der Ordnung für die Zeit von zwanzig Sitzungstagen von der Teilnahme an den Verhandlungen des Bundestages ausschließe.“ (Beifall rechts und in der Mitte, Pfuirufe und „Unerböt!“ von der KP. — Die SPD war zur Zeit dieser Erklärung im Plenum nicht anwesend, da sie noch an einer Fraktionsitzung teilnahm.)

## „Deutsches Heer“ in der Ostzone

US-Abgeordneter beschuldigt die Sowjets — Gerichte um allgemeine Dienstpflicht — Radio Moskau dreht den Spieß um

Washington (TP). Der amerikanische Abgeordnete Price beschuldigte die Sowjetunion, sie baue in ihrer Besatzungszone im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ein sowjetisch kontrolliertes deutsches Heer auf.

Price behauptete, das in der Sowjetzone ausgebildete Heer, das man schamhaft Polizeitruppe nenne, sei jetzt schon 50.000 Mann stark. Sobald diese Armee die Stärke von 100.000 Mann erreicht habe, werde die Sowjetunion den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland verlangen. Einem derartigen Schachzug könnten die Alliierten in Westdeutschland nichts entgegenzusetzen. Bei einem tatsächlichen Abzug der Besatzungstruppen würde ganz Deutschland dieser sowjetisch kontrollierten deutschen Armee in die Hände fallen.

Aus London verlautet dazu, die Polizeistreikräfte in der Ostzone beließen sich nach neuesten britischen Informationen auf über 35 militärisch ausgebildete Bereitschaften, deren Zahl auf 50 erhöht werden solle. Diese Bereitschaften hätten mit Polizei- und Sicherheitsaufgaben nichts zu tun. Sie seien in Kampagnen eingeteilt und mit Handfeuerwaffen und Infanteriegeschützen bewaffnet.

Im Zusammenhang damit verdächtigen sich die Gerichte, die von einer bevorstehenden Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in der Ostzone wissen wollen. So wird aus Stockholm berichtet, auf einer Geheim Sitzung in den Amtsräumen des ost-

## Vor einem Vertrauensvotum

Pariser Parlamentsdebatte ging weiter

Paris (TP). Die französische Nationalversammlung setzte am Freitag ihre außenpolitische Debatte fort. Die Abgeordneten werden voraussichtlich in den späten Nachtstunden über ein Vertrauensvotum für die Regierung abstimmen.

Zu Beginn der Vormittagsitzung waren nur 30 Abgeordnete, das sind weniger als 5% der Nationalversammlung, erschienen. Die meisten Mitglieder des Hauses kamen erst in den Nachmittagsstunden. Ein Abgeordneter des linken Flügels kritisierte die französische Regierung, weil sie darauf verzichtet habe, von Deutschland Wiedergutmachungsleistungen zu fordern. Er gab ferner seiner Befürchtung Ausdruck, daß die politische Eingliederung Deutschlands in die europäischen Völkerfamilie zur militärischen Zusammenarbeit führen werde.

Außenminister Schuman erklärte zu einer Anfrage über Kehl, die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den Vertretern Südbadens würden unter günstigen Voraussetzungen fortgesetzt.

#### Nur die Hälfte streikte

Die aus allen Teilen Frankreichs einlaufenden Meldungen lassen darauf schließen, daß nur die Hälfte der Arbeiterschaft der Aufforderung zu dem 24stündigen Generalstreik Folge geleistet hat. Die Beteiligung in der Schwerindustrie war stärker als in der Besamtschaft, den öffentlichen Betrieben und dem Einzelhandel. In Dünkirchen haben alle Dockarbeiter am Streik teilgenommen, ebenso in den Häfen von Marseille und Cherbourg. In Paris wurde die Streikparole bei weitem nicht von der Gesamtheit der Arbeiter befolgt. Abgesehen von der Untergrundbahn und den Autobuslinien, wo der Verkehr ganz stillgelegt, arbeiten die großen öffentlichen Verwaltungen mit reduziertem Personal weiter. Der Verkehr bei den Eisenbahnen und der Luftverkehr gehen teilweise weiter, teils stocken auch sie.

#### Wegen Sabotage ausgewiesen

Das französische Innenministerium veröffentlichte ein Kommuniqué über die Haus-suchungen bei verschiedenen polnischen Organisationen in Paris und in der Provinz. Darnach belegen die beschlagnahmten Dokumente die Tätigkeit der verschiedenen Vereinigungen praktisch als Wirtschafts- und Sabotage. 17 der verhafteten Personen wurden sofort aus Frankreich ausgewiesen, darunter der Chefredakteur der „Gazeta Polska“ in Paris, ferner eine Frau, die mit der Überwachung der gegen die heutige polnische Regierung eingestellten Landesteil betraut war, sowie der Präsident und der Generalsekretär des polnischen Nationalrates in Frankreich.

Wie der französische Konsul in Danzig meldet, haben die polnischen Behörden drei französische Staatsangehörige in Danzig verhaftet. Ferner wurden 20 Haus-suchungen bei anderen Franzosen in Danzig vorgenommen.

Das polnische Außenministerium veröffentlichte eine Protestnote an Frankreich, in der sofortige Freilassung aller von französischen Behörden festgenommenen Staatsangehörigen verlangt wird.

#### Spanisch-Marokko soll unabhängig werden

Madr. Madrid. In diplomatischen Kreisen der spanischen Hauptstadt verlautet, daß General Franco vor dem Abschluß einer Allianz mit der arabischen Welt, vor allem aber mit den Ländern des Vorderen Orients steht, wodurch er sich eine wesentliche Stärkung seiner Position verspricht. Als Zeichen des Entgegenkommens ist gleichzeitig die Gewährung der völligen Unabhängigkeit an Spanisch-Marokko geplant. Spanisch-Marokko soll unter der Leitung eines Sohnes des jordanischen Königs Abdullah oder unter der Herrschaft des irakischen Regenten Abdull Ilah zu einem selbständigen Fürstentum erhoben werden.

Hierzu erntet man noch toigende Einzelheiten: Indem Franco Spanisch-Marokko, das Spanien in den letzten Jahrzehnten so große Schwierigkeiten und Kosten verursacht habe, freigebe, so argumentiert man in Madrid, werde er die französische und britische Position in Nordafrika erheblich gefährden. Auch

deutschen Innenministeriums sei bereits am 1. November beschlossen worden, dem Parlament der „Deutschen Demokratischen Republik“ einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, der die Einführung der obligatorischen Wehrpflicht für die Volkspolizei vorsehe. Alle in der sowjetrussischen Besatzungszone Deutschlands lebenden Deutschen zwischen 17 und 39 Jahren, wurden demnach zu einer zweijährigen Dienstleistung in diesen Polizeiverbänden verpflichtet. Ferner sollen — der Stockholmer Quelle zufolge — in aller nächster Zeit eine Reihe von militärischen Anlagen errichtet werden, darunter drei große Flugplätze in Mecklenburg, sowie weitere in der Nähe von Leipzig und Brandenburg. Diese neuen Flugplätze würden anfangs der Kontrolle der Sowjets unterstellt, aber nach der Schaffung einer erweiterten deutschen Ostarmee dieser übergeben. Ferner hätten die Sowjets die Absicht, 120 Stalin-Panzer und 12 Torpedoboote der deutschen Ostarmee zur Verfügung zu stellen. Nach weiteren unbestätigten Gerichten soll die gesamte ostdeutsche Wehrmacht dem Oberbefehl von Hans Adalbert G. ü m l e r, einem früheren SS-Führer, unterstellt werden, der sich zur Zeit noch in Moskau befindet.

Im Gegensatz dazu beschuldigt Radio Moskau seinerseits die Westmächte, diese würden in Westdeutschland militärische Einheiten organisieren, deren Gesamtstärke bereits 470.000 Mann betrage. Diese Truppen seien mit leichten Waffen, Artillerie-Kampfwagen und gepanzerten Mannschaftswagen ausgerüstet. Ferner bereite der ehemalige General Student im Auftrag der Westalliierten die Aufstellung deutscher Luftstreikräfte vor.

aus orinsame Gibraltar, der Pfahl im Fleische Spaniens, würde durch den Übergang Spanisch-Marokkos in arabischen Besitz einen argen Stoß erleiden. Es herrsche kein Zweifel darüber, daß Franco überzeugt sei, daß er einzig durch eine derartige Politik ein eifrig gesuchter Bundesgenosse zu werden vermöge.

#### Noch 900 000 in Gefangenschaft

Hannover (TP). Wie die sozialdemokratische Kriegsgefangenenhilfe feststellt, sollen noch rund 1 Million deutscher Kriegsgefangener in osteuropäischen Staaten zurückgehalten werden, darunter 900.000 in der Sowjetunion. Der Rest verteilt sich auf Polen, Albanien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Wie die SPD-Kriegsgefangenenhilfe weiter errechnet, sollen von den rund 3 1/2 Millionen in der Sowjetunion gefangen genommenen Deutschen etwa 2 Millionen ums Leben gekommen sein.

#### „Ein Schritt zum Frieden“

#### Moskau soll Farbe bekennen

Lake Success (TP). Im Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen richtete der britische Staatsminister McNeil erneut die Aufforderung an Rußland, die Stärke seiner Truppen bekanntzugeben. „Normalerweise“, — so sagte McNeil — „gibt jede andere Nation ihre Truppenstärke bekannt. Und wenn Rußland wirklich Frieden wünscht, wäre diese Auskunft ein Schritt auf dem Wege dorthin.“

Der Politische Sonderausschuß der UN begann mit der Beratung der Palästina-Frage. Es handelt sich um zwei Hauptprobleme:

1. den Plan der Schlichtungskommission, Jerusalem zu einem internationalen Gebiet zu machen, und
2. um die Notlage der arabischen Flüchtlinge in Palästina.

#### Das Mysterium von Neapel

#### Tausende wallfahrten zum Wunder des heiligen Gennaro

Von unserem TP-Korrespondenten  
Es haben sich schon viele Gelehrte, Literaten, Gläubige und Atheisten die Köpfe über das Wunder des heiligen Gennaro, des Schutzpatrons von Neapel zerbrochen, dessen Blut seit Menschengedenken jeden Frühling und jeden Herbst gerinnt und im Kelch, in dem es aufbewahrt wird, flüssig zu werden beginnt.

Auch in diesem Herbst scharten sich die Neapolitaner zu Tausenden vor der Patronatskirche, um mit gespannter Ungeduld auf das seitensame Schauspiel zu warten. Während einige Frauen laut beteten, hielten andere ihren Atem an. Alle Augen aber waren auf den Priester gerichtet, der mit feierlichem Zeremoniell den historischen Kelch mit dem sonst eingetrockneten Blute des Heiligen dem Tabernakel entnahm, sich alsdann mit heller Künderstimme an die Gläubigen wandte und mit erhobenem Kelch die Worte sagte, auf die alle gewartet hatten: „E felice mente compiuto!“ — Das Wunder hat sich glücklich erfüllt!

Das Volk fiel auf die Knie, lobte den großen Wundertäter durch Eivarufe und stimmte hernach einen kirchlichen Hymnus an. Jeder, der das Wunder mit eigenen Augen sehen wollte, durfte zum Altar treten und seine Blicke in den Kelch werfen, wo sich das Blut in flüssigem Zustande befand. Befriedigt über das Geschaute kehrten die Neapolitaner wieder zu ihren häuslichen Herden zurück.

#### Der Schleier des Geheimnisses

Nur die kommunistische „Unità“ wagte es, das Wunder abzustreiten und rollte damit wieder einmal eine jahrzehntelange Diskussion auf, die an der Kraft des heiligen Gennaros heranzweifelte und auf Grund chemischer Formeln eine natürliche Erklärung zu geben versuchte. Schon 1909 befaßte sich der Engländer E. Graham, in seinem Buche „The Mystery of Naples“ — „Das Mysterium von Neapel“, mit diesem ungewöhnlichen Ereignis. Nach ihm Professoren, Physiker und Philosophen, sowie Prominente vom Range eines Benedetto Croce die einen wollten die Gerinnung des Blutes auf die Wärmeausstrahlung der vielen in der Kirche brennenden Kerze zurückführen. Es wurde ihnen geantwortet, daß in den Jahren 1527 bis 1796 das Wunder sich stets bei Wind, Regen oder Sonnenschein im Freien vollzogen hätte. Andere wieder operierten mit chemischen Formeln und behaupteten, es handle sich um eine Zusammensetzung von Schokoladenpulver, Wasser, Kasein und Kochsalz. Ihnen wurde entgegnet, daß das Wunder auf das zwölfte Jahrhundert zurück datiere, während die Schokolade erst nach der Entdeckung Amerikas nach Europa gelangt sei.

Wie sehr sich seither die Gelehrten über das Phänomen den Kopf zerbrochen haben, eines steht einwandfrei fest, daß es ihnen bis heute nicht gelungen ist, eine plausible, natürliche Erklärung dafür zu geben. Ob die Zweifler Recht haben oder nicht, soll hier nicht untersucht werden. Es geht uns lediglich um die Feststellung, daß es noch niemand fertig brachte, das Wunder zu „entschleiern“, so daß die Gläubigen keinen Beweggrund haben, der jahrhundertalten Überlieferung untreu zu werden und ihren Widersachern nachzugeben.

#### Mehr Gläubige als Zweifler

Man hat auch versucht das Wunder mit vulkanischen Einflüssen zu deuten, aber wenn dem so wäre, sagen die Neapolitaner, dann wäre auch dies ein Wunder, da sich das Flüssigwerden des Blutes an ganz bestimmten Tagen wiederhole, während die Tätigkeit der Vulkane ein höchst unberechenbares Element darstelle.

Wie dem auch sei, in Neapel sind die Gläubigen stärker als die Zweifler. Ihren Glauben haben sie von Generation zu Generation übernommen und gegen einen solchen ist es vollkommen unmöglich, mit chemischen Formeln und ähnlichen Vernunftgründen argumentieren zu wollen. Das Volk läßt sich seine religiöse Vorstellungswelt nicht so leicht entzaubern und das mag in unserem verstandartisierten Alltag im Zeitalter der Atomenergie ganz sein.

## Wirtschafts-Nachrichten

### Gesetzesentwurf über Entlassenen-Versorgung zurückgezogen

Stuttgart. Wie das Staatsministerium auf Anfrage bestätigt, wurde der Gesetzesentwurf über die Versorgung entlassener Beamter, die aus politischen Gründen aus ihren Stellungen im Laufe der letzten Jahre entfernt wurden, inzwischen wieder zurückgezogen. Der von der Staatsregierung im Landtag eingebrachte Gesetzesentwurf war bereits vom Plenum in erster und zweiter Lesung beraten worden. Als Grund für die Zurückziehung wird von zuständiger Seite angegeben, daß die Regelung der Entlassenen-Versorgungsfrage Sache des Bundes sei.

Wie bereits gemeldet, stellte Wirtschaftsminister Dr. Veit sein Landtagsmandat zur Verfügung, da er dem Bundestag angehört. Als Nachfolger wurde jetzt der Abgeordnete Gustav Heller (SPD, Karlsruhe) nominiert.

### Tragbare Mieten für die breiten Massen

#### Wohnungsbau-Gesetz in Vorbereitung

Gegenüber dem gegenwärtigen Wohnbedarf von mindestens vier Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik sollen — wie bereits berichtet — im Jahre 1950 die ersten 250.000 Wohnungen errichtet werden. Dieses Programm bedeutet die Investierung von 2,3 bis 2,5 Milliarden DM. Nach den bisher geführten Verhandlungen erscheint die Aufbringung von 1,6 bis 1,8 Milliarden DM gesichert. Wohnungen zu bauen, deren Mieten die breiten Massen tragen können — so erklärte Minister Wildermuth in einer Pressekonferenz — sei zur Zeit wegen der Unergiebigkeit des Kapitalmarktes, wegen der Höhe des Kapitalzinses (6 bis 9%) und der überhöhten Baukosten nur mit hohen Darlehen aus öffentlichen Mitteln, die mit sehr niedrigen oder ohne Zinsen gegeben würden, möglich. Das Ziel einer gesunden Wohnungspolitik müsse es sein, diese Subventionen im Laufe der Zeit überflüssig zu machen. Das sei nur erreichbar, wenn die Rentabilität im Wohnungsbau wiederhergestellt und die Wohnungs-Zwangswirtschaft allmählich, aber systematisch abgebaut werde. Überhöhte Mieten und Zwangsabwicklung seien die größten Hindernisse für die Entfaltung einer regen Bautätigkeit.

In Verhandlungen mit den Ländern wird darauf hingewirkt werden, daß die Baupolizei und die Genehmigungsverfahren vereinfacht und die Gebühren gesenkt werden. Typung, Normung und Rationalisierung sollen gefördert, ihre Anwendung in der Praxis durchgesetzt und neue Baustoffe und Bautechniken systematisch erprobt werden. In dem gleichen Maße, in dem das Angebot an Neubawohnungen zunimmt, werden die zwangsverpflichteten Eingriffe abgebaut werden. Auf bundesgesetzlichem Wege sind hierfür folgende Maßnahmen geplant:

1. Wohnungen, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel errichtet werden, sind von der Erfassung durch das Wohnungsamt, vom Mieterschutz- und jeder besonderen Mietpreiskontrolle auszunehmen.
2. Bei Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gebaut werden, ist die Wohnungszwangswirtschaft insoweit aufzulockern, daß dem Hauseigentümer das Recht zusteht, aus einer Vorschlagsliste des Wohnungsamtes einen ihm genehmigen Bewerber innerhalb einer bestimmten Frist auszuwählen.
3. Bei allen Wohnungsbauarbeiten ist dem Bauherrn oder demjenigen, der nachhaltig zur Finanzierung der Wohnung beiträgt, in angemessenem Rahmen ein erhöhter Eigenbedarf gegenüber den allgemeinen Belegungsnormen zuzugestehen, soweit die Wohnungen nicht ohnehin von der Erfassung frei sind. v. W.

### Verhandlungen mit Paris verschoben

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind auf den 5. Dezember verschoben worden. Sie sollen auf Grund einer Vereinbarung zwischen der JEIA und der Bundesregierung von einer selbständigen deutschen Delegation in Paris geführt werden. Anschließend sind Verhandlungen mit Finnland, Jugoslawien und der Schweiz geplant. Am 1. Dezember beginnen bereits Wirtschaftsverhandlungen mit Pakistan. Die Bundesregierung übernimmt jetzt auch die Verantwortung für die laufenden Handelsabkommen mit mehr als 30 Ländern. (TP)

### Eierbedarf kann nicht gedeckt werden

Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, besteht keine Möglichkeit, den Bedarf an Eiern, der durch die erhöhte Nachfrage im Hinblick auf die Weihnachtszeit erheblich gestiegen ist, wie in der Vorkriegszeit durch Kühl- und Kalkfer auszudeckeln. Die Bemühungen der Bundesregierung, größere Mengen Eier im Ausland aufzukaufen, hätten nur geringen Erfolg gehabt. Das Bundesernährungsministerium teilt hierzu mit, daß auch auf den Eiermärkten des Auslandes eine gewisse Verknappung eingetreten sei. (VWD)

### Jetzt auch Kuchen offiziell „ohne“

Die Pressestelle des Landwirtschaftsministeriums gibt bekannt: In den letzten Tagen haben im Landwirtschaftsministerium Beratungen der beteiligten Dienststellen und Verbände über die Einbeziehung der Kaffeehausbetriebe und Konditorei-Cafes in der Gaststättenversorgungsregelung stattgefunden. Die Beratungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß das Landwirtschaftsministerium nunmehr auch den Kaffeehausbetrieben und Konditorei-Cafes bestimmte Kontingente an Zucker, Mehl und Fett für die Herstellung von Feinbackwaren zum Verzehr an Ort und Stelle zur Verfügung stellen wird. Die Kontingente werden den Betrieben nach der Zahl der ausgegebenen und veräußerten Tassen Kaffee, Tee und Kakao gewährt und sind zur Herstellung von Konditorei- und Feinbackwaren bestimmt, die an Ort und Stelle verzehrt werden. Für Konditorei- und Feinbackwaren, die über die Straße verkauft werden, müssen nach wie vor Marken abgegeben werden.